

# Linke Liste Wiesbaden



Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

März/April 2002

**Die Linke Liste begrüßt die Gründung der Interessengemeinschaft Schlachthof, die sich mit dem Anspruch gebildet hat, möglichst viele Jugendgruppen zu vertreten, um deren Interessen und Bedürfnisse bezüglich des Schlachthofgeländes zu artikulieren.**

**Dabei arbeitet die AG Jugend und Kultur der Linken Liste eng mit der sozialistischen Jugend – Wiesbaden [solid] zusammen, die von Anfang an bei der IG aktiv mitgewirkt hat und maßgeblich an ihrer Entstehung und Entwicklung beteiligt war.**

## Die IG Schlachthof zeigt, wie es geht ...

Mittlerweile haben sich viele Jugendgruppen oder Organisationen der IG Schlachthof angeschlossen oder sich bereit erklärt, sie inhaltlich zu unterstützen, zum Beispiel: Aktion Farbenfroh, Ambitio, Chill@Will, Grüne Jugend Wiesbaden, Jusos Wiesbaden, Sabines Wursthau, SSR Wiesbaden, [solid] – die sozialistische Jugend, Skaterinitiative, Urban Supplise, Titus Wiesbaden, Gerich-Skate und Ing shop. Das Schlachthofgelände soll nach Meinung der IG dazu benutzt werden, der Wiesbadener Jugend neuen Raum zu schaffen, in dem diese sich nach ihren Bedürfnissen entfalten kann. Dazu wurde ein konkretes Konzept erarbeitet. Zur Diskussion stehen folgende Forderungen: Skatehalle, Atelier-, Büro- und Proberäume, Grünanlagen, Sportanlagen, Mahmal zur Erinnerung an die Judenverfolgung in Wiesbaden, aerodynamische Graffiti-galerie, Haus der Begegnung, Jugendcafe und Jugendzentrum, KuK und eine Freilichtbühne. Zudem wird die IG von Architekturstudenten der Fachhochschule bei ihrer Konzeption unter-

**Das Konzept der IG Schlachthof liegt vor:**

**„Ein Kulturpark für Wiesbaden – IG Schlachthof für die Jugend“**

**Es kann u.a. über die Fraktion Linke Liste, Rathaus, Zimmer 314, Telefon 31-5426 bezogen werden.**

stützt. Auch die Linke Liste hat sich bereit erklärt, der IG bestmögliche Hilfe anzubieten.

**Die Politik muss auf die Bedürfnisse und Forderungen der Jugend und ihrer Kulturen reagieren und darf Freizeitgestaltung nicht nur dem freien Markt überlassen, der auf Grund von kommerziellen Interessen die unrentablen Bedürfnisse Jugendlicher missachtet und Minderheiten sowie finanziell und sozial Schwache ausgrenzt.**

Die IG bietet eine einzigartige Möglichkeit, die Jugendlichen selbst zu Wort kommen zu lassen und Probleme der Betroffenen vor Ort zu erkennen. Die Linke Liste, die sich als Sprachrohr außerparlamentarischer Organisationen versteht, wird sich dafür einsetzen, dass die IG die Aufmerksamkeit von Seiten der Stadt gewidmet bekommt, die sie verdient. Die Stadt und die entscheidenden Politiker/innen werden nun der Prüfung unterzogen werden, wie ernst sie es mit der Förderung von Jugendpolitik nehmen.

Mit Veranstaltungen, wie zum Beispiel einer Podiumsdiskussion am 13. Februar (leider nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) in der Räumlichkeiten im Schlachthof mit Vertretern der demokratischen Parteien aus Wiesbaden und einer Demonstration am 22. März will die IG ihre Forderungen verdeutlichen und zur Diskussion stellen.

Da die Linke Liste schon lange mit der IG in Kontakt steht, war Hartmut Bohrer einer der ersten, der sich hier bereit erklärt hat, aktiv an Veranstaltungen der IG teilzunehmen.

Daniel Herber

### Anfragen und Anträge

**Aktivitäten der Fraktion Linke Liste (LiLi) im Stadtparlament**

Seite 2

### Sicherheitspaket II:

**Die Freiheit stirbt scheinchenweise – zum fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten im Namen der „Terrorismusbekämpfung“**

Seite 3

### Schwerpunkt: Schulen

**Integrierte Gesamtschule, Lindan – PCB – PCP, Schulentwicklungsplan, Hatz der Rechten gegen die Dezernentin, all das und noch viel mehr ...**

Seite 4/5

### Horst-Schmidt-Kliniken:

**Ulla Ahrenhöfer (Grüne) nimmt Stellung zur geplanten Ausgliederung der Wirtschaftsdienste**

Seite 6

### Haushalt 02/03:

**„The same procedure as every (two) years ...“ Wohl kaum. Nach außen dringen Sprüche, gebaggert wird hinter verschlossenen Türen. Also doch ...**

Seite 7

### Olympia in Rhein-Main?

**Gastkommentar von Michael Gorski, lange Jahre aktiv als Fußball-Jugendleiter und Verbandsmitarbeiter**

Seite 6

**Freitag, 22. März:  
Demonstration  
und Kundgebung  
für den Kulturpark  
um 16 Uhr ab  
Schlachthof**



**Karl-Heinz Grünheid, u.a. verantwortlich für die Berichte aus dem Rathaus.**

**Ansprechpartner/innen der Linken Liste:**

**Freizeit und Sport:**  
Daniel Herber (06 11) 8 56 72  
Tilmann Ziegenhain  
(06 11) 8 64 70

**Schule und Kultur:**  
Karola Befard (06 11) 9 41 08 84  
Stefan Heinemann  
(06 1 22) 98 00 62

**Ältestenausschuss:**  
Hartmut Bohrer (06 1 34) 6 25 54

**Soziales:**  
Lothar Lenes (06 11) 41 97 20

**Wirtschaft und Finanzen:**  
Manuel Mergen (06 11) 7 90 17 01

**Frauen:**  
Evelyn Zell (06 11) 9 01 27 40

**Umwelt:**  
Evelyn Zell (06 11) 9 01 27 40

**Stadtplanung:**  
Karl-Heinz Grünheid  
(06 11) 37 28 45

**Verkehr:**  
Jürgen Lechner-Befard  
(06 11) 9 41 08 84

**Lili**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

## Aktive Oppositionsarbeit im Stadtparlament: Anträge und Anfragen

Der Antrag der Linken Liste zur Stadtverordnetenversammlung vom 13. Dezember 2001 auf **Erlass der KiTa-Gebühren für Kinder aus kinderreichen Familien** (Familien mit drei oder mehr Kindern) fand nur bei Bündnis 90/Die Grünen Unterstützung. Hartmut Bohrer begründete diesen Antrag vor allem damit, dass die Betreuung von Kindern zu einem der häufigsten Gründe für Armut in Deutschland geworden ist. Armut trifft dann aber insbesondere Kinder, deren Förderungs- und Freizeitmöglichkeiten stark eingeschränkt werden. Nach Auffassung der SPD und ihres Sozialdezernenten, Herrn Hessenauer, sollte sich die Stadt auf die Finanzierung von Kindereinrichtungen unter kirchlicher Trägerschaft konzentrieren, da die Unterstützung der Kirche für diese Einrichtungen von 26 auf 15 % der Kosten sinkt. Die SPD, die CDU und die FDP stimmten dem Vorschlag der Linken Liste nicht zu.



Nach unzureichender Antwort des Magistrats auf ihre Anfrage beantragte die Linke Liste zu ihren Vorschlägen, wie das **Projekt „Spuren suchen – Brücken bauen“ (Besuch ehemaliger ZwangsarbeiterInnen bei mehreren Wiesbadener Schulen)** die Beratung auf der Stadtverordnetenversammlung. Hartmut Bohrer mahnte nochmals eine logistische und finanzielle Unterstützung des Projekts durch die Stadt an. Herr Oberbürgermeister Diehl sagte dann in der Aussprache mindestens die Vorbereitung eines Besuchsprogramms für die eingeladenen ehemaligen Zwangsarbeiter zu, nicht ohne jedoch nochmals zu betonen, dass die Hauptverantwortung für die Realisierung der Initiative bei den einladenden Schulen liege.



Über die Einbringung eines Antrages zur Stellungnahme der Landeshauptstadt zum **Raumordnungsverfahren Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main** bei der Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar berichten wir – der Platz hat nicht ausgereicht – in der nächsten Ausgabe.

### Folgende Anfragen stellte die LiLi an die Verwaltung:

#### Schlachthofgelände – 14. Januar 2002

Gibt es seitens der Stadt Planungen, Teile des Geländes des ehemaligen Schlachthofes (und Umgebung) zu verkaufen? Um welche Flächen handelt es sich? Sind bereits Teile des Geländes des ehemaligen Schlachthofes (und Umgebung) durch die Stadt verkauft worden? Um welche Flächen handelt es sich?

#### Tempo 30-Regelungen in Umgebung

#### der Berufsschulen – 14. Januar 2002

Welche Gründe gab es für die Einführung einer Tempo-30-Regelung beiderseits der Ampelanlage Welfenstraße (auf Höhe Postgrundstück)? Warum gibt es keine Tempo-30-Regelungen für den gesamten Berufsschulbereich (Welfenstraße ab Hasengartenstraße bis Berliner Straße sowie Wettiner Straße /Brunhildenstraße bis zur Hermann-Jansen-Straße, einschließlich der Balthasar-Neumann-Straße), in dem täglich (Montag bis Freitag) Tausende von Straßenquerungen stattfinden – insbesondere durch BerufsschülerInnen?

#### Planungen im Bereich Fort Biehler – 30. November 2001

Welche lang- und kurzfristigen Planungen existieren für den Bereich Fort Biehler (AKK)? Es wird insbesondere um Auskunft zu folgenden Aspekten gebeten:

- Unterschutzstellung von Naturflächen (bes. ehem. „flächenhaftes Naturdenkmal“), (Ausweitung von) Bannwald und weiterer Flächen
- Entwicklung als Naherholungsgebiet im Zusammenhang mit Radweg, Streuobsttroute, Regionalpark Rhein-Main, Biotop Petersberg (Cyperus- und Tierpark)
- Sicherung und (touristische) Nutzung der Fortanlagen des 19. Jahrhunderts und der Erbenheimer Warte (von 1497)
- Auslagerung der (widerrechtlichen) bislang geduldeten, aber problematischen Gewerbebetriebe

## Betrifft: UMTS

Als weiteren Beitrag zur aktiven Informationspolitik zu den Risiken des Ausbaus der UMTS-Mobilfunkinfrastruktur in Wiesbaden brachte die Linke Liste einen Antrag am 6. Februar 2002 auf der Stadtverordnetenversammlung ein. Ihre Hauptforderung: Ähnlich wie in Mainz schon geschehen, solle die Stadt eine/n „Netz-Beauftragte/n“ einsetzen. Aufgabe wäre neben der Sammlung aller Daten über geplante und schon feststehende Standorte vor allem, der Bevölkerung vor Ort Informationen auch über die Risiken von UMTS zukommen zu lassen: Bislang beschränkt sich die „Informationspolitik“ der Stadt auf Werbeveranstaltungen der künftigen Anbieter, obwohl insbesondere aus den Ortsbeiräten zahlreiche kritische Anfragen gestellt wurden.

Zur Geringschätzung der Fragen, die besorgte Bürgerinnen und Bürger stellen, passte denn auch die Antwort der „Gestaltungs“-Mehrheit im Rathaus: Man habe ja mit Herrn Bendel einen „Zuständigen“. Dieser hatte im Januar bei der Selbstdarstellung der Großunternehmen, die demnächst UMTS verkaufen, als „Moderator“ seine Kompetenz unter Beweis gestellt, indem er nahezu jede kritische Meinung entweder unterbrach oder anschließend abkanzelte. Wie war das mit dem Bock und dem Gärtner? Ron Sommer von der Deutschen Telekom könnte es nicht besser machen ...

im „Wäldchen“

- Verbesserung des Anschlusses an den ÖPNV (Taktzeiten, Andienungszeitraum der Linie 28)
- Erstellung einer Lärmschutzwand zur B 454 in den an den Lärmschutzwand angrenzenden Bereichen
- Maßnahmen gegen massive Lärmimmission durch Flugmaschinen (vor allem Hubschrauber) des Militärflugplatzes Erbenheim, insbesondere Beeinträchtigungen durch Abend- und Nachtflüge (z.B. stundenlanges Kreisen über dem Wohngebiet) in niedriger Höhe ...
- Fehlende Straßenbeleuchtung im Bereich der Boelckestraße zwischen Warturm und Ende der Wohnbebauung in Richtung Wiesbaden-Innenstadt (Neubauten)
- Z.T. erhebliche Verschmutzung der Fahrbahn mit Erde und dadurch Gefährdung des Straßenverkehrs aus Richtung Erbenheim vor der Zufahrt zu einem Betrieb, für den Erdaushub

transportiert wird

- Geplanter Grundstückserwerb bzw. geplante Grundstücksveräußerungen seitens der Landeshauptstädte Wiesbaden und Mainz sowie der Bundesrepublik Deutschland
- Zukunft der im Besitz der Bundesrepublik Deutschland befindlichen Flächen, insbesondere des bislang zu Übungszwecken genutzten Geländes.

### Projekt Deutsches Fernsehmuseum – 26. November 2001

Wie ist der Sachstand bezüglich der Erarbeitung einer Konzeption für ein Deutsches Fernsehmuseum? Wann ist mit Vorlage einer Konzeption zu rechnen? Wer ist mit der Erstellung der Konzeption beauftragt? Welche weiteren Institutionen und Gremien sollen in die Erarbeitung und Diskussion der Konzeption einbezogen werden?



Veranstaltung der Linken Liste zum Thema „Innere Sicherheit“ am 22. November 2001 im Hilde-Müller-Haus (v.l.n.r.: Gudrun Fey-Weidner, Tina Meier, Jürgen Korell)

Noch 2001 passierte das sog. Sicherheitspaket II den Bundesrat. In Rekordzeit wurden 166 Seiten des „II. Otto-Katalogs“ durchgepeitscht; ab Neujahr 2002 gilt somit das als „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ bezeichnete Gesetzesbündel mit mehr als 100 Gesetzesänderungen. Diese Änderungen sind Ausdruck neuen staatlichen Misstrauens, das sich vornehmlich gegen Nichtdeutsche richtet; so wird deren Aufenthaltsstatus noch unsicherer. Aber auch die deutsche Bevölkerung gerät unter einen Generalverdacht. Um diesen Verdacht zu schöpfen, zu formulieren und ihm nachzugehen, hat Bundesinnenminister Otto Schily im Haushalt 2.320 neue Stellen (700 Mio. Mark zusätzlich) bei Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz und Bundesamt für die Sicherheit der Informationstechnik eingerichtet. Neben Geheimdiensten erhalten Bundesgrenzschutz und BKA erweiterte Kompetenzen. Für die Geschichte unseres Landes ist kennzeichnend, dass die jeweilige Bedrohung mit Überreaktionen beantwortet wurde. Mit der Maßgabe, Rechtsstaat und Freiheit zu schützen, wurden und werden deren unverzichtbare Elemente gefährdet oder bereits aufgegeben. Die Süddeutsche Zeitung beschrieb diesen Zustand: „Immer wenn es Nacht wird, lässt man

in Deutschland die Rollläden herunter. Ähnlich reagiert die deutsche Politik: Immer, wenn was passiert, produziert man ein Sicherheitspaket. Die Pakete werden im übrigen immer größer, würde man alle Sicherheitspakete, die der Gesetzgeber in den vergangenen 25 Jahren geschnürt hat, vor dem deutschen Bundestag aufstapeln, man könnte damit das Brandenburger Tor nachbauen.“ Und die Bevölkerung? Sie schaut weitgehend unbeteiligt zu; die massiven Proteste der Bürgerrechtsbewegungen versinken im Meer der Gleichgültigkeit. Gesetze sind dazu da, das gesellschaftliche Leben an Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie orientiert zu regeln. Damit setzen sie für das Verhalten jedes Einzelnen Zeichen. Die Zeichen der nun geltenden Gesetze sind eindeutig: politische Kritik außerhalb des parlamentarischen Konsens kann sich nachteilig auswirken. GegnerInnen der Globalisierung bekamen dies bereits zu spüren, als die Behörden die Ausreise zu einer Demonstration in Brüssel verweigern wollten. Diesmal konnten noch die Gerichte die Fesseln beseitigen, die nächste Gesetzesänderungen rechtsstaatlich absichern werden. Die machtvolle Sicherheit von wenigen geht auf Kosten der Freiheit von vielen.

Jürgen Korell

## Termine:

### Stadtverordneten-Versammlungen:

(Rathaus)  
14. März; 15. April; 30. April;  
12. Juni

### Vollversammlungen der Linken Liste Wiesbaden:

(Hilde-Müller-Haus, 19 Uhr)  
27. Februar; 20. März; 24. April;  
29. Mai 2002

### Rathausgruppe der Fraktion Linke Liste Wiesbaden:

(Rathaus, Raum 304, 18 Uhr)  
11. März; 25. März; 15. April;  
29. April; 13. Mai.

### Arbeitskreis „Umwelt – Verkehr – Stadtplanung“

(Rathaus, Zi. 314, 18 Uhr)  
6. März; 11. April; 25. April; 16. Mai;  
5. Juni

### AG Antifaschismus/ Antirassismus

(Infoladen, Werderstraße 8, 19 Uhr)  
18. März; 22. April; 17. Juni

### AG Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion Linke Liste

(Rathaus, Zi. 314)  
jeweils Mittwoch von 17–19 Uhr

## Kundgebung in Buchenwald

Am Sonntag, 14. April 2002, um 13 Uhr findet am Glockenturm auf dem Ettersberg bei Weimar die Gedenkfeier der Überlebenden des faschistischen Konzentrationslagers Buchenwald zur Erinnerung an ihre Selbstbefreiung am 11. April 1945 statt.

Von Frankfurt fährt am 14. April ein Bus. Abfahrt: 9 Uhr am DGB-Haus Frankfurt; Kosten: 10 € bzw. 5 € (ermäßigt) Info: VVN-BdA Frankfurt (069) 5 97 05 24

Lili



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
März/April 2002

**Kontakt:**

ebh e.V. (elternbund hessen)  
Kontaktstelle WI, Rosemarie  
Frühwacht, Niederwaldstraße 8,  
65187 Wiesbaden, (0611) 801133,  
E-Mail: r.fruhewacht@gmx.de

## Initiative PRO IGS hat sich gegründet

Mit der Gründungsveranstaltung im Dezember hat sich die Initiative PRO IGS einen organisatorischen Rahmen geschaffen. Bisher unterstützen mehr als 300 Personen die Forderung nach einer weiteren IGS in der Innenstadt. Nicht nur Eltern, die aktuell einen Platz für ihr Kind an einer Integrierte Gesamtschule in

der Innenstadt wünschen, arbeiten aktiv in der Initiative mit, auch Lehrerinnen und Lehrer der GEW Wiesbaden zählen zu den Gründungsmitgliedern. Das Interesse der Pädagoginnen und Pädagogen zielt auf die konkrete Lehrtätigkeit an der neuen Integrierten Gesamtschule.

Gemeinsam wird nun an einem pädagogischen Konzept einschließlich von Schlussfolgerungen aus der PISA-Studie gearbeitet. Überlegt wird, welche öffentlichkeitswirksamen Aktionen durchgeführt werden können.

Die berechnete und notwendige Forderung der Eltern nach einer weiteren IGS in der Innenstadt wurde in der kommunalpolitischen Diskussion oft mit dem Hinweis abgetan, dass jetzt wichtigere Probleme, z.B. die Umsetzung von Ganztagschulen anstünden.

Wir sehen in diesen beiden Zielstellungen keinen Widerspruch, denn auch eine weitere IGS kann und sollte eine Ganztagschule werden. Eine Integrierte Gesamtschule als Ganztagschule mit einem ganzheitlichen pädagogischen Ansatz im Vor- und Nachmittagsbereich würde gerade für Kinder berufstätiger Eltern Chancengleichheit bieten. Es darf nicht sein, dass die soziale Herkunft von Schülerinnen und Schülern den Schulerfolg maßgeblich beeinflusst. Wir fordern die Schule für alle, die die Leistungsstarken durch zusätzliche Angebote fordert und fördert und die Leistungsschwachen durch individuelle problembezogene Förderung unterstützt.

Initiative PRO IGS,

Kontakt: ebh.e.V. (elternbund hessen) R.Frühwacht, Tel. 0611- 80 11 33

Wiesbadens Kinder  
brauchen eine weitere

**Integrierte Gesamtschule**

Pro  
IGS

# Schulen in

Ausgehend von den Ergebnissen der PISA-Studie wird auch die Diskussion um die Vorschule verstärkt geführt. Wir treten dafür ein, dass die Schnittstelle zwischen Kindergarten und Grundschule neu geordnet werden muss, um möglichst alle Kinder ab dem 5. Lebensjahr mit Bildungs- und Förderangeboten zu erreichen. Kultusministerin Wolff (CDU) beabsichtigt, den Anmeldetermin ausländischer Kinder an Grundschulen ein halbes Jahr vorzulegen, um mangelnde Deutschkenntnisse feststellen zu können. Für dann notwendige Kurse sollen 2,5 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Bei anhaltenden Sprachproblemen können Schulleiter/innen das Kind für ein Jahr zurückstellen.

Diese Gelder können sinnvoller eingesetzt werden! Unsere Meinung: Die Förderung und Entwicklung pädagogischer Konzepte im Kindergarten, gebührenfreie Kindertagesstätten mit einem klaren Bildungsauftrag sind längst überfällig. Dazu ist eine verbesserte Ausbildung von Erzieher/innen notwendig. Schule und Unterricht kann sich ohne grundlegende Reform der Lehrerbildung nicht ändern. Unzureichende pädagogische, lernpsychologische und diagnostische Ausbildung, die Trennung von theoretischer und praktischer Lehrerbildung sind lang bekannte Kritikpunkte. Der Gießener Erziehungswissenschaftler Prof.

Wolfgang Sander fordert eine neue Unterrichtskultur: „Wir müssen weg vom unselbstständigen Lernen und von der starken Lehrerzentrierung.“ Die heutige Lehrerbildung bereite die Studierenden nicht ausreichend auf die Schule von morgen vor.

Gemeinsames Lernen bei gleichzeitiger gezielter individueller Förderung nützt allen Kindern, ob aus privilegierten sozialen Verhältnissen oder aus Elternhäusern, in denen sie keine ausreichende Lernunterstützung erfahren. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben gezeigt, dass die Länder schulische Spitzenleistungen erbracht haben, die die Kinder bis zum Ende der Schulzeitpflicht in integrierten Systemen, d.h. ohne die Trennung in Haupt- und Realschule oder Gymnasium, zusammen lernen lassen. Werden Kinder schon im 4. Schuljahr von Eltern und Lehrern auf einen Bildungsgang festgelegt, dominieren die Denkmuster des Sortierens und Auslesens. In der Integrierten Gesamtschule hingegen gibt es ohne festgelegten Bildungsgang bessere Handlungsoptionen: Kinder können die Verantwortung für den eigenen Bildungserfolg, für einen individuellen Bildungsweg wahrnehmen, für die Lehrkraft wird der Umgang mit der Unterschiedlichkeit, die Akzeptanz der Vielfalt und deren angemessene Bewältigung zur unausweichlichen Aufgabe im Unterricht.

Lili



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

## Schulkampf

Verfolgt man die Ausfälle, die sich die „Gestaltungsmehrheit“ um CDU, FDP und Ex-REP-Hirzel gegen Rita Thies erlaubt, dann ist zu befürchten, dass diese Ausgabe bei Erscheinen schon inaktuell ist, weil die Schul- und Kulturdezernentin aus dem Amt gegifftet wurde. Herrn Guntrums Äußerung, als Grüne in diesem Magistrat habe Frau Thies „noch lange keine Narrenfreiheit“, war nur die Spitze der verbalen Entgleisungen. Der Abgeordnete der Linken Liste, Hartmut Bohrer, hielt zu Recht an die Adresse von Frau Scholz (CDU) fest: die vereinigte Rechte nutzt z.T. berechtigte Kritik an der Arbeit von Frau Thies, um gegen die Integrierte Gesamt-Schule zu Felde zu ziehen. Nur ideologisch und frei von Sachkenntnis war der Beitrag von Herrn Schlempp (FDP); er malte ein Bild von luxuriösen Gesamtschulen, deren Wohlstand auf Kosten aller anderen Schulen immer weiter gemehrt werde. Dem Herrn sei ein Gang zur Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim empfohlen – dort ist z.B. die Raumnot längst nur noch zu bewältigen, indem Fachräume als Klassenzimmer verwendet wurden: Ergebnisse einer Politik, die vor allem der Vorgänger von Frau Thies zu verantworten hat. Dabei hatte Herr Riedle (CDU) doch damals alle ...Freiheiten!

Mit der Veröffentlichung des Schulentwicklungsplanes hat das Schuldezernat auf die berechtigten Forderungen nach einer weiteren IGS reagiert. Vorgesehen war, durch eine „Rochade“ in der Kleistschule, Lorcherstraße, eine Integrierte Gesamtschule einzurichten. Das hat verständlicher Weise heftige Reaktionen seitens des Lehrerkollegiums, der Eltern und der Schüler hervorgerufen. Der Ortsbeirat Rheingau/Hollerborn hat dann am 6. Februar diesen Vorschlag abgelehnt und gleichzeitig vorgeschlagen, eine andere Schule – zum Beispiel die Gerhardt-Hauptmann-Schule – als IGS auszuweisen. Zwar tat Ex-Schul- und Gesundheitsdezernent Riedle (CDU) auf der Ortsbeiratssitzung Gesamtschulen als „Modeerscheinung“ ab und diffamierte Eltern, die ihr Kind für eine IGS anmelden, als nicht ausreichend informiert. Die Statistik im Kurier vom 24. Januar 2002 über die meist gewählten weiterführenden Schulen hat jedoch gezeigt, dass Gesamtschulen – Helene-Lange- und IGS-Kastellstraße – die beliebtesten Schulen in Wiesbaden sind. Die Linke Liste Wiesbaden wird alles in ihrer Macht Stehende tun, dass in dieser Auseinandersetzung nicht Eltern gegen Eltern ausgespielt werden, sondern nach vernünftigen Wegen und Möglichkeiten gesucht wird, den Schüler/innen, den Eltern und den Lehrkräften gerecht zu werden.



Karola Befard, Vertreterin der Linken Liste im Schulausschuss; Vorsitzende des Schullehrerbeirates IGS Kastellstraße: (06 11) 9 41 08 84

Einige Links zum Thema PCB und Konsorten:

Selbsthilfegruppe für Chemikaliengeschädigte Wiesbaden (0611) 409401

GEW Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden

Institut für Experimentelle Toxikologie des Universitätsklinikums Kiel:  
<http://www.uni-kiel.de/toxikologie/>

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Hessen:  
<http://www.gew-hessen.de/usr/aktuell/artikel/>



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
März/April 2002

# Wiesbaden

## ... und dann noch das Gift

Kein Wunder, dass die „Gestaltungsmehrheit“ im Rathaus beim Thema PCB, Lindan und PCP in Schulen massiv abwiegelt, wo sie doch sonst keine Gelegenheit auslässt, der Schuldezernentin eins auszuwischen: Hier geht es im wahrsten Sinn des Wortes um „Altlasten“, und für die war jahrelang der damalige Schul- und Gesundheitsdezernent Riedle (CDU) zuständig. „In acht Wiesbadener Schulen wurden vor neun Jahren Polychlorierte Biphenyle (PCB) in erheblichen Konzentrationen gemessen. Die Diltley-Schule gehört zu den drei, in deren Räume auch heute noch Schadstoffe ausdünsten. Dabei schreibt eine hessische Richtlinie aus dem Jahr 1993 eine Sanierung innerhalb von zwei Jahren vor“. Wenn der Wiesbadener Kurier solche Zeilen schreibt, dann kann man davon ausgehen, dass die Wirklichkeit noch viel schlimmer ist. So ist es auch: Die GEW Wiesbaden spricht von mind. 13 betroffenen Schulgebäuden/Turnhallen. Die Werte sind z.T. so hoch (über 3.000 ng/qm beispielsweise in einem Raum in der Diltley-Schule), dass noch in den 90er Jahren eine umgehende Schließung gesetzlich angesagt war – inzwischen hat man allerdings die Messmethoden (worst case: bei offenem Fenster, möglichst zur kalten Jahreszeit und bei ordentlichem

Wind) und die Grenzen zum Eingreifen dem „politischen Bedarf“ angepasst. Bezeichnend die Stadtverordnetenversammlung am 6. Februar, zu der die Fraktion „Linke Liste“ eine Anfrage zu gesundheitsschädlichen Baustoffen formuliert hatte: Auf die Frage des Stadtverordneten Bohrer (LiLi) an Herrn „Gesundheits“dezernenten Bendel (CDU), ob er (Bohrer) ihn (Bendel) richtig verstanden habe, dass er (Bendel) eine Raumluftbelastung von 3000 ng PCB/m<sup>3</sup> für kein „akutes Problem“ halte, antwortete Bendel wortwörtlich: „Richtig.“ Herr Bendel ist ein würdiger Nachfolger von Ex-Dezernent Riedle (CDU), der damals auch jahrelang versuchte, die mit PCB verbundenen Gefahren zu vertuschen und kleinzureden. Dass während seiner Amtszeit die Wilhelm-Leuschner-Schule in AKK zumindest auf Werte um 300 ng/qm heruntersaniert wurde, war das Verdienst der dortigen Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern. Dazu war eine gehörige Portion Druck nötig: Diese Sprache werden die jetzt Betroffenen wohl auch sprechen müssen, damit sich was tut.

**Die „Linke Liste“ wird in den nächsten Ausgaben auf das Thema „Schulgifte“ ausführlich eingehen.**

**Dr. Ulla Ahrenhöfer,  
sozialpolitische  
Sprecherin der Fraktion  
Bündnis 90/ Die Grünen  
im Stadtparlament**



In der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2001 stand die Entscheidung über die Magistratsvorlage „Ausgliederung der Wirtschaftsdienste der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken“

## **Bündnis 90/Die Grünen und Linke Liste gegen Ausgliederung der Wirtschaftsdienste der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken**

**20. März, 19 Uhr:  
MV der Linken Liste  
Hilde-Müller-Haus**

**Öffentlich geförderte Arbeit  
im Dienstleistungsbereich**

Mit Hilfe von Lohnsubventionen sollen ökonomische Anreize bewirkt werden mit dem Ziel, gering qualifizierten arbeitslosen Sozialhilfe-EmpfängerInnen versicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen.

**Zur Diskussion eingeladen  
sind Arbeitsmarkt-Experten.**

**Lili**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

6

März/April 2002

- Klinikhygiene und die Essensversorgung in einem Krankenhaus stellen besondere Anforderungen an die Kompetenz und die Qualifikation des eingesetzten Personals. Entlohnung zu niedrigen Tarifen steht erfahrungsgemäß personeller Kontinuität entgegen. Erforderlich ist ein Personalkonzept für die betroffenen Bereiche, das einen sachgerechten Wissensstand der Beschäftigten und eine angemessene Anstellungsdauer garantiert.
- Darüber hinaus ist das Vorgehen aus sozialpolitischer Sicht unverantwortlich. Die durch die Rahmenbedingungen des Krankenhauswesens geforderten Einsparmaßnahmen gehen einseitig überwiegend zu Lasten der Beschäftigten der unteren Lohngruppen wie Reinigungsdienst und Küchenpersonal. Hier produziert die Kommune die „working poor“ von morgen, denen sie dann nachträglich mit Unterstützungsleistungen wie Wohngeld und ergänzender Sozialhilfe unter die Arme greifen wird.

Bei den betroffenen Beschäftigten handelt es sich erfahrungsgemäß vor allem um Frauen, viele davon mit Migrationshintergrund. Wir reden in den städtischen Gremien oft von Frauenförderung und Integrationspolitik. Anstatt den hehren Worten hier konkrete Taten folgen zu lassen, spricht der Beschlussvorschlag des Magistrats dem Hohn! Nach meinem Menschenbild sollte jede(r) in der Lage sein, zumindest mit dem Lohn eines Vollzeit-arbeitsplatzes seinen/ihren Lebensunterhalt zu bestreiten – ohne staatliche Transferleistungen. Das ist bei der Bezahlung in den niedrigen Lohngruppen, wie sie hier beschlossen werden soll, nicht möglich.

Viele betroffene Frauen werden Zweitjobs annehmen. Ihnen wird deshalb teilweise die Kraft fehlen, sich intensiv in dem erforderlichen Maße um die schulische Entwicklung ihrer Kinder zu kümmern. Das Resultat – Jugendliche ohne oder mit unzureichenden Schulabschlüssen – wird wiederum kommunal finanzierte Kompensationsprogramme nach sich ziehen.

Anstelle einer Personal-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Frauen- und Integrationspolitik aus einem Guss tritt hier Flickschusterei! Ein Problem wird vordergründig gelöst, neue/alte Probleme werden geschaffen.

**Der Arbeitsauftrag „Vorschläge für Einsparmaßnahmen in den HSK“ sollte dem zuständigen Dezernenten Bendel zurückgegeben und eine sozialverträgliche und gesundheitsgerechte Lösung erarbeitet werden.**

Und sollte eine solche Lösung nicht gefunden werden, muss das Problem auf höherer Ebene, das heißt: beim Bundesgesetzgeber gelöst werden.“

**Die Redaktion der Zeitung der „Linken Liste“ bedankt sich bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und insbesondere Dr. Ulla Ahrenhöfer für die Erlaubnis zum Abdruck dieser Stellungnahme (Hervorhebungen im Text durch die Redaktion).**

an. Vorgesehen ist, die Bereiche Reinigungsdienst, Hauswirtschaft, Küche, Personalcasino, Bettenzentrale und Wäscherei aus den HSK auszugliedern und in eine Dienstleistungsgesellschaft im Besitz eines privaten Betreibers (49%) und der HSK (51%) zu überführen.

**Ziel ist die Realisierung von Einsparpotentialen im Wesentlichen durch Anwendung eines im Vergleich zu dem HSK- („ötv“) -Tarif niedrigeren Tarif für die Beschäftigten.**

Dieses Vorgehen stand in der vergangenen Wahlperiode bereits für die Altenhilfe Wiesbaden (AHW) in der Diskussion: Ausstieg aus dem für die Beschäftigten in Pflege- und Servicebereichen günstigen ötv-Tarif, stattdessen zumindest in den Servicebereichen Entlohnung nach anderen, niedrigeren Tarifen.

Allein durch die bei Ausgliederung aus den HSK beschlossene Umstellung auf ein anderes Tarifwerk können laut Magistratsvorlage die Personalkosten der HSK in den folgenden Jahren um etwa 20% gesenkt werden. Das heißt: Lohnsenkung bei den betroffenen Beschäftigten um mehr als 20%!

**Gegen dieses Vorgehen haben Bündnis 90/Grüne und Linke Liste in der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2001 gestimmt, alle anderen Fraktionen, also SPD/CDU/FDP/REP stimmten zu.**

In ihrer Rede begründete die sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Ulla Ahrenhöfer, das Votum ihrer Fraktion:

# Haushalt 2002/03: „The same procedure ...“?

**Natürlich wollen alle nur das Beste:** Die SPD will vor allem die Schulen sanieren, die CDU auch und hält an der Senkung der Gewerbe- und Grundsteuer fest, um den Wirtschaftsstandort zu stärken, und die FDP sattelt noch eins drauf, indem sie deutlich mehr Finanzen für die Reparatur und den Ausbau der Straßen Wiesbadens einstellen will. **Noch Fragen?**

**Ja.** Unseres Wissens **beginn** auch das Jahr **2002 mit dem 1. Januar**, und der Haushalt 2000/2001 galt bis zum 31. Dezember 2001. Politische Verantwortung wahrzunehmen heißt nach unserem Verständnis auch, termingerecht seine Hausaufgaben als „Gestaltungsmehrheit“ zu erledigen. Wenn man sich an die Dauer des politischen Ränkespiels von SPD, CDU und FDP bei der Besetzung der Dezernatsposten und ihrer wundersamen Vermehrung erinnert, wiederum auch kein Wunder, wie zügig(?) diese drei Parteien bei den „Konsensgesprächen“ zu Ergebnissen kommen. Das Motto dazu lautet wohl: „Wiesbaden verwalten, nicht gestalten.“

Die zweite Frage betrifft die **Art, wie dieser Haushalt erarbeitet wird** – nach unserer Auffassung für die WiesbadenerInnen eher ein Verlust als ein Gewinn. Warum? Nachdem die Kämmerin, Frau Vittoria (SPD), auf eine politische Schwerpunktsetzung völlig verzichtete, indem sie einfach die **Zahlen der letzten Jahre fortschrieb**, schlägt nun die Stunde für **politische Kraftmeierei** und für den Nachweis der Wichtigkeit der eigenen Existenz. Beispiel gefällig? Der Wiesbadener Kurier zum IHK-Neujahrsempfang vom 17. Januar: „*OB Diehl ... hatte ein paar Wünsche im Gepäck ... Zweiter Wunsch des Stadt-Chefs wäre die Durchsetzung der Erkenntnis, dass es keinen für alles zuständigen Staat gibt' und ‚wir einen Teil der heute noch öffentlichen Aufgaben künftig der Eigeninitiative des Einzelnen überlassen werden können und sogar müssen.*“ Nicht nur Firmen scheinen sich in dieser Republik von ihrer im Grundgesetz verkörperten Pflicht zur Wahrnehmung sozialer Verant-

weiter S. 8

## „Die frechsten Glossen“? – rechte Gesinnung!

„Seit Januar 1995 arbeitet Dr. Jacqueline Kempfer als Journalistin in der Blitz-Tip-Redaktion, (...) eine der größten deutschen Anzeigenzeitungen mit einer wöchentlichen Auflage von fast einer Million Exemplaren. In diesem Medium erscheinen seit Dezember 1996 ihre wöchentlichen Glossen zu Themen des aktuellen Zeitgeschehens unter dem Titel ‚Passiert, glossiert...‘.“ So nachzulesen auf der Homepage ([www.jacquelines-glossen.de](http://www.jacquelines-glossen.de)) von Frau Kempfert, die nach eigenen Angaben die „frechsten Glossen Deutschlands“ schreibt. In unserer Dezember-Ausgabe beschrieben wir die antisemitische Haltung von Dr. Kempfert. Diese Haltung bekräftigte sie mit zwei Glossen, die als „Böser Onkel“ getitelt sind. In der Art, wie die Nazis schrieben, „berichtet“ sie über Marcel Reich-Ranicki, der auch auf Plakaten für die Telekom warb. Dabei beschreibt sie nicht offen ihre Meinung, sondern nutzt eine Geschichte oder die Meinung eines anderen, um ihre Ansichten zu umschreiben. Es ist die von Rechten oftmals genutzten Form der feigen, weil verschlüsselten Meinungsäußerung. Ein kurzer Auszug: „*Plötzlich meldet sich das Kind: Mama, ich habe Angst. Dauernd steht der böse Onkel an der Straße. Welcher Onkel? Haste ihn nicht gesehen? Wenn er wieder kommt, sage ich's. Gespannte Stille, das Kind schaut sich konzentriert um. Mama, guck mal, da steht er schon wieder. Der sieht aber böse aus! Die Mutter kapiert immer noch nicht, doch sie spürt die Wallungen des Kindes. Ach so, das Opa-Plakat ist gemeint. Stimmt, so ein scheußliches Foto, das Kindern Angst einflößen*

Jürgen Korell,  
Linke Liste  
WI, ehemals  
Bundesvor-  
stand des  
„Verbandes  
Demokrati-  
scher Poli-  
zisten“  
(Hamburger  
Signal)



*kann, hat selbst die Mutter nie zuvor gesehen! Ein grimmiger, furchteinflößender Opa im Großformat, wie es in Deutschland Ost und West nur einen einzigen von dieser Sorte gibt. Die Mutter ist sprachlos. Tatsächlich, er ist es, unverkennbar! Marcel Reich-Ranicki, der ‚Bücherpapst‘ aus dem Fernsehen. Naturgetreu abgelichtet, wie wir ihn kennen und ziemlich lächerlich finden.“*

Es ist unverstänlich und nicht zu tolerieren, dass die Blitz-Tip-Redaktion derartige Inhalte duldet. Selbst wenn der Glossenschreiberin kein offener Antisemitismus vorgeworfen werden kann, ist ihre unverhohlene Haltung zwischen den Zeilen zu lesen.

WWW

= weitere wichtige Hinweise

[www.ostermarsch.info](http://www.ostermarsch.info):  
Aktuelle Informationen zum  
Ostermarsch 2002

[www.flughafen-bi.de](http://www.flughafen-bi.de)  
Bürgerinitiativen  
gegen den Flughafenausbau

[www.mrb.de/  
bildungswerk-anna.seghers](http://www.mrb.de/bildungswerk-anna.seghers)  
Bildungs- und Solidaritätswerk  
Anna Seghers e.V.

[www.igmedwi.de/antikrieg](http://www.igmedwi.de/antikrieg)  
„Gewerkschafter(innen) und  
Jugend gegen den Krieg“

Da muss man ja wollen!

Name:

Straße

PLZ, Ort:

Einsenden oder faxen (06 11) 31-59 17 an Fraktion  
Linke Liste, Rathaus, Schlossplatz 6, 65183 WI

Sie müssen ...

Dann senden wir Ihnen Infomaterial zu, laden Sie  
zu Versammlungen ein und schicken Ihnen diese  
Zeitung in Zukunft sogar nach Hause!

... nur wollen!

**\* M. Gorski (57), früher selbst aktiv, später Trainer/Betreuer im Jugendsport (Fußball, Leichtathletik) sowie Jugendleiter und Verbandsmitarbeiter, liebt „seinen“ Sport noch immer, hat aber große Probleme mit zunehmender Kommerzialisierung und Instrumentalisierung der Sport-Idee.**

#### Wie erreichen Sie uns?

**Geschäftsstelle der Fraktion:**  
Rathaus, Zimmer 314  
Telefon (06 11) 31 54 26  
Fax (06 11) 31 59 17  
E-Mail:  
lili.fraktion@wiesbaden.de

#### Wann sind wir erreichbar?:

Mo, Di, Do, Fr: 10–12 Uhr  
Mittwoch: 12.30–19 Uhr  
Mo, Di, Do: 16–18 Uhr

#### Unsere Postanschrift:

65183 Wiesbaden  
Schlossplatz 6

#### Internet:

[www.linke-liste-wiesbaden.de](http://www.linke-liste-wiesbaden.de)

**Diese Zeitung ist kostenlos – wir freuen uns über Spenden:**

Konto 2164 07 023  
bei der Mainzer Volksbank  
(BLZ 551 900 00)

**Linke Liste Wiesbaden**  
Ausgabe März/April 2002  
Auflage: 8.000 Exemplare  
V.i.S.d.P.: Gottfried Schmidt

#### Redaktion:

Karl-Heinz Grünheid  
Jürgen Korell  
Cordula Möhnle  
Gottfried Schmidt  
Tilmann Ziegenhain



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

Die Olympischen Sommerspiele 2012 rufen die Jugend der Welt. Den Ruf hörte auch Hessens Innenminister Bouffier („Sport-Volker“)

## Gastkommentar von Michael Gorski\*

### Olympia in Rhein-Main?

und brachte Frankfurt/Rhein-Main als Bewerber ins Spiel, neben Hamburg, Leipzig, Düsseldorf, Stuttgart. Seitdem herrscht im ganzen Hessenland (ausstrahlend bis nach Mainz) eine Euphorie ohnegleichen. Mag auch das regionale Volk noch unwissend und skeptisch etwas abseits stehen, so sind doch die VIPs des Landes, die Spitzen- und Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Verbänden ebenso wie die Medien umso begeisterter dabei: „Es entstehen Dinge, die sonst nie entstehen könnten“. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Was bringt unsere Elite so in Erregung, woher dieser Enthusiasmus für ein Sport-Ereignis, das ja nüchtern betrachtet eine Riesensumme an Arbeit, Lasten und Hürden mit sich bringt? Diese Sehnsucht nach Olympia ist schon überraschend, denn nie war der Weg zu einer erfolgreichen Bewerbung steiniger als heute. Nie kostete eine solche Kampagne mehr Geld und Zeit, und vor allem: Nie war die nationale wie internationale Konkurrenz so groß.

Was steckt hinter dem immensen Einsatz und Enthusiasmus unserer Rhein-Main-Elite für diese Idee? Die „irrationale“ Verhaltensweise der Verantwortlichen orientiert sich ziemlich simpel an den gängigen Marketing-Lehrsätzen. Was hier unter der „olympischen Flagge“ getrieben wird, ist ... Standort-Marketing. Frankfurt/Rhein-Main will seine Chancen maximieren. Daher beispielsweise der von Unternehmen getragene Verein „Metropolina“, der das Image mit diversen Projekt-Ideen stärken will: Die Olympiabewerbung soll dabei Schwerpunkt sein. Es kann ja wohl auch kein Zufall sein, dass die Betreiber des Flughafenausbaus dabei als „begeisterte Olympioniken“ auftreten.

Diese Instrumentalisierung für spezielle Interessen wird viel zu wenig erkannt. Schon hört man auch, wenn es mit „2012“ nicht klappt, dann setzen wir auf „2016“. Droht uns da etwa eine „ewige Bewerbung“? Und schließlich die Frage nach Olympischen Spielen selbst: Ist diese totale Vermarktung des Sports und der Athleten, diese TV-Unterhaltungsshow – von Doping- und Security-Problemen ganz zu schweigen – wirklich „bewerbungswürdig“?

Im Gegensatz zur blinden Begeisterung für „Olympia“ sollten alle, die sich Gedanken um unseren Sport machen, die tagtäglich erfahren, was eigentlich zu tun wäre in unserer Region, das Projekt „Sport für alle – in Verein, Schule und anderswo“ mit allen Kräften fördern. Eine Seifenblase „Olympia in Rhein-Main“ ist dabei keine gute Idee.

## Haushalt 02/03: „The same procedure ...“?

### Schluss von S. 7

wortung zu verabschieden, nach OB Diehl sollte die Stadt Wiesbaden gleiches umsetzen. **Welchen BürgerInnen ist die CDU verpflichtet?**

Drittens fragt die Linke Liste natürlich nach konkreten Projekten, die mit dem Doppelhaushalt realisiert bzw. nicht realisiert werden sollen. Und da lehnen wir eine Reihe schon jetzt bekannt gewordener Vorhaben ab, werden wir **Gegenvorschläge** unterbreiten, z.B. die beschlossene Senkung der **Hebesätze bei Gewerbe- und Grundsteuer** wieder rückgängig zu machen. Die so gewonnenen Einnahmen tragen, als kommunale Investitionen eingesetzt (z. B. im Schul- und Kita-Bereich), am ehesten zur Arbeitsplatz- und zur Existenzsicherung kleinerer und mittlerer Firmen in der Stadt bei. Jahressteuersenkungen von 150 bis 200 Euro – und mehr kommt für diese bei der Senkung der Gewerbesteuer ohnehin nicht heraus – sind dazu nicht geeignet. Große Firmen haben in den vergangenen Jahren durch die Rot-Grüne Bundesregierung bereits genug Steuergeschenke erhalten, dauerhaft mehr Arbeitsplätze hat dies auch nicht gebracht. Unter Garantie wird sich die Linke Liste Wiesbaden auch **nicht für eine gigantische Erhöhung** von Investitions- und Reparaturmitteln **für das Straßennetz** dieser Stadt aussprechen. In Zeiten, in denen sich das

Haushaltsdefizit der Stadt wegen dringend **notwendiger Sanierungen an Schulen und Kindertagesstätten** erhöht, werden wir dem Sponsoring von veralteten Verkehrskonzepten (nachdem das zukunftsweisende Stadtbahnprojekt abgeschmettert wurde) erst recht nicht zustimmen.

**Die Linke Liste Wiesbaden ist unter anderem mit dem Anspruch angetreten, kommunales Handeln für die BürgerInnen transparenter zu machen, damit diese ihre Forderungen deutlicher an die politisch Verantwortlichen und die Verwaltung heran tragen können.**

**Wir sind gerne bereit, gemeinsam mit Ihnen die Auswirkungen des Haushaltes 2002/03 auf Ihren Verein, für Ihre Bürgerinitiative oder in Ihrem Wohngebiet herauszuarbeiten.**

### Apropos Haushalt:

**„... Gewerbesteuer, die aus ideologischen Motiven zu einem Zeitpunkt gesenkt werde, an dem es sich die Stadt nicht leisten könne.“**

Rolf Praml laut MAZ vom 16.2.2002

**Die Linke Liste begrüßt die Stimmen der SPD bei unserem Antrag auf Rücknahme der Senkung der Gewerbesteuer!**